

An

2024-03-06

Redaktion der Braunschweiger Zeitung

Offener Brief an die Presse und den OBM

**BZ-Leserbrief und offener Brief zum BZ-Artikel
"Kommen bald atomare Abfälle nach Braunschweig"**

Zu dem Artikel in der Braunschweiger Zeitung vom 17.Feb. 2024 haben wir als BISS folgende Feststellungen:

[BZ-Artikel]

"Lediglich die Fläche, die unmittelbar an das Unternehmensgelände angrenze, stehe für eine "maßvolle" Erweiterung im Sinne des Lüneburger Urteils zur Verfügung."

[Anm. der BISS]

"Der Pressesprecher der Stadt verharmlost die Situation indem er von einer lediglich „maßvollen“ Erweiterungsmöglichkeit spricht. Nur um das Klarzustellen, Eckert & Ziegler sagt selbst, dass sie schon jetzt bis zu 15.000 Atommüll-Fässer auf ihrem Gelände lagern können. Außerdem betreiben sie schon jetzt auf dem Gelände eine bundesweit bedeutsame Anlage zur Behandlung radioaktiven Mülls. Jede auch noch so „maßvolle“ Erweiterung kann somit nicht zu einer Verbesserung der Situation führen. Außerdem würde auf dem von der Stadt genannten Erweiterungsgelände eine Atommüllhalle industriellen Ausmaßes Platz finden, in der tausende Atommüllfässer gelagert werden könnten."

[BZ-Artikel]

"Das Hanauer Urteil ist auf Braunschweig nicht übertragbar, da es dort um ein Zwischenlager ging - das ist beim Betrieb von Eckert & Ziegler nicht der Fall - und sich dieses in einem Gewerbegebiet befand - in Braunschweig handelt es sich um ein Industriegebiet."

[Anm. der BISS]

"Die Stadt zieht sich immer darauf zurück, dass es sich hier nicht um ein Zwischenlager handelt. Dies ist an sich unnötige Wortklauberei. Denn Eckert und Ziegler ist als Konditionierungsanlage auch laut Entsorgungskommission des Bundes genauso gefährlich wie ein Zwischenlager. In dem Grundsatzurteil ging es um das Gefahrenpotenzial des strahlenden Mülls. Daher ist hier sehr wohl die Übertragbarkeit gegeben. Auch das zweite Argument des Pressesprechers zieht nicht, denn die Stadt hat seit über 10 Jahren die eindeutige Absicht hier das Industriegebiet in ein Gewerbegebiet umzuwandeln."

Der Hauptunterschied zwischen dem Hanauer Urteil und der Situation in Braunschweig ist folgender: Die Stadt Hanau wollte dort keine Erweiterung der Nuklearfirma! Solch eine eindeutige Positionierung hat die Braunschweiger Stadtverwaltung jedoch bislang nicht im Sinne ihrer Bürger*innen vorgenommen."

[BZ-Artikel]

„Ein Umweg [der Fässer] über Eckert & Ziegler ist nicht geplant ...“.

[Anm. der BISS]

"Das NMU drückt sich in der Braunschweiger Zeitung sehr unklar und missverständlich aus, wenn sie schreiben: „Ein Umweg über Eckert & Ziegler ist nicht geplant ...“. Diese Aussage bezieht sich gerade nicht auf die 8.736 Atommüllfässer von Eckert & Ziegler. Das NMU hat uns ausdrücklich geschrieben, dass Eckert & Ziegler für diese Fässer verantwortlich ist und diese – wenn sie wollen – auch nach Braunschweig holen dürfte.“

[BZ-Artikel]

"Der überwiegende Anteil der in Leese lagernden Gebinde mit schwach- bis mittelradioaktiven Materialien vorwiegend medizinischer Herkunft sind im Eigentum des Landes Niedersachsen."

[Anm. der BISS]

"Die Aussage des Pressesprechers von Eckert & Ziegler ist hingegen eindeutig falsch. Er behauptet, dass der überwiegende Teil der in Leese lagernden Fässer im Eigentum des Landes Niedersachsen sei. Der Faktencheck zeigt: In Leese lagern insgesamt 13.620 Atommüll-Fässer. Die 8.736 Atommüllfässer von Eckert & Ziegler machen somit den Großteil der Fässer in Leese aus. Die Aussagen des Pressesprechers beruhigen darüber hinaus nicht, wenn er sagt, dass in Braunschweig nicht größere Flächen oder Umgangsgenehmigungen notwendig seien, denn: sowohl die Fläche als auch die Umgangsgenehmigung würden es ermöglichen noch tausende Atommüll-Fässer in Braunschweig zu lagern."

BISS e.V.

<https://www.biss-braunschweig.de>